

Liebe Eltern,

seit dem 1. Februar laufen die Tarifverhandlungen für die rund 45.000 Tarifbeschäftigten des Landes Hessen. Dazu zählen auch rund 9.000 angestellte Lehrkräfte und pädagogische Beschäftigte an Schulen. Gemeinsam mit den anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes fordert die GEW eine Gehaltserhöhung um 6 Prozent, mindestens aber um 200 Euro monatlich. (bei einer Laufzeit von einem Jahr). Für das Land Hessen, das als einziges Bundesland nicht im Arbeitgeberverband, der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), Mitglied ist, gilt das Anfang März 2019 für die anderen Bundesländer in Potsdam erzielte Tarifergebnis nicht. Die möglicherweise entscheidende hessische Verhandlungsrunde ist für den 28./29. März 2019 angesetzt.

Bisher lehnt das Land eine angemessene Lohnerhöhung strikt ab. Gute Arbeit verdient aber eine angemessene Bezahlung. Zudem gefährdet der Fachkräftemangel an Schulen wie in anderen Bereichen bereits die Qualität des öffentlichen Dienstes. Deshalb haben die Gewerkschaften keine andere Wahl als durch Warnstreiks Druck auf die Verhandlungen auszuüben.

Natürlich wissen wir als verantwortungsbewusste Lehrerinnen und Lehrer, dass Unterrichtsausfall für Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern eine große Belastung darstellt. Nur in den seltensten Fällen sind aber Arbeitskämpfe die Ursache dafür. Es fällt viel zu viel Unterricht aus, weil es einen zunehmenden Fachkräftemangel bei gut ausgebildeten Lehrkräften gibt. Es fällt auch viel Unterricht aus, weil Lehrkräfte die stark gestiegene Arbeitsbelastung gesundheitlich nicht mehr durchhalten. Viele Lehrkräfte verzichten freiwillig auf Gehalt und arbeiten Teilzeit, um den Belastungen gewachsen zu sein – nur rund 60 Prozent aller Lehrerinnen und Lehrer hat eine Vollzeitstelle. Gute, verlässliche Bildung gibt es nur, wenn ausreichend Personal zur Verfügung steht und die Arbeitsbedingungen passen. Dafür streikt die GEW.

Nur mit Warnstreiks können wir gegenüber dem Arbeitgeber deutlich machen, dass wir hinter den Forderungen der Bildungsgewerkschaft GEW stehen. Als größte Beschäftigtengruppe im öffentlichen Dienst des Landes stehen wir auch an der Seite der anderen Beschäftigten im Landesdienst, die täglich gute Arbeit leisten. So lange das Land Hessen uns eine angemessene Gehaltserhöhung verweigert, sehen wir uns gezwungen, von unseren Grundrechten Gebrauch zu machen und zu streiken. Bei der geforderten Einkommenserhöhung geht es auch um den Gleichklang der Gehälter im öffentlichen Dienst. Denn die tariflichen Gehälter der Beschäftigten des Bundes und der Kommunen liegen ab dem 1. April 2019 ca. sechs Prozent höher als die der hessischen Tarifbeschäftigten.

Deshalb ist es unvermeidbar, dass sich gerade die angestellten Lehrerinnen und Lehrer an den Warnstreiks spürbar beteiligen. Eine andere Möglichkeit, die berechtigten Forderungen durchzusetzen, gibt es leider nicht.

Wir danken für Ihr Verständnis und hoffen auf Ihre Unterstützung!

Ihre Lehrerinnen und Lehrer in der Bildungsgewerkschaft GEW